

Unsere Gesellschaft – zurück auf Los!

Wie eine Gruppe Debattierfreudiger im Internet eine realistische Utopie von „Neuland“ entwirft

Von Dorte Huneke

Wer auf der Gesellschafter-Website unvermittelt auf die Diskussion um „Neuland“ stößt, mag sich fragen, wann und wo das gemeinschaftliche Lebens- und Wohnprojekt entsteht, wer mitmachen kann und ob es noch freie Plätze gibt. In Wirklichkeit ist das in unterschiedlichen Themenforen debattierte Neuland jedoch Fiktion: ein Planspiel, das die komplexeste Antwort auf die Frage „In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?“ darstellt – und zugleich ganz konkrete Visionen liefert.

Der Grundstein für die Neuland-Fiktion wurde vor einem Jahr, am 27. September 2006, gelegt, als Gregor Serowy im Gesellschafter-Forum dazu aufrief, in einer gemeinschaftlichen Aktion eine realistische Utopie zu entwerfen: „Ich suche Teilnehmer (vielleicht 5 – 10), die als innerer Kreis aktiv an einem Aufbau einer Gesellschaft teilnehmen, die wir als Fiktion hier im Forum nach und nach gestalten.“ Mitstreiter waren schnell gefunden. Ebenso einige grundsätzliche Fragestellungen: Wie wird die Versorgung geregelt, damit niemand hungern muss? Wer verrichtet welche Arbeit und wie wird diese entlohnt? Gibt es eine bessere Währung als Geld? Welches Wirtschaftssystem ist wünschenswert? Hat Kunst einen Wert? Wie hält man es in Neuland mit der



Foto: ANDRÉS RODRÍGUEZ / FORO.UA (Montreal)

Altland, Neuland, Niemandland: Wohin führt der Weg der Gesellschaft?

Religion? Wer hat welche Freiheiten, welche Pflichten? Und was passiert, wenn jemand gegen die Regeln verstößt? Unzählige Fragen, auf die unzählige Antworten verfasst wurden. Alles ist erlaubt beim Aufbau des fiktiven Neuland – solange es realistisch erscheint. Nur eines ist ausgeschlossen: das Jammern über bestehende Verhältnisse. Denn die gibt es in Neuland nicht.

In der Natur des Konzepts liegt es, dass Neuland über keine übergeordneten Strukturen verfügt und alles Tun auf Freiwilligkeit beruht. Um die Vielzahl der Stimmen und Einwände zu bündeln, gibt es Sprecher und Moderatoren, die vor allem dann ins Spiel kommen, wenn über eine Regelung – basisdemokratisch – abgestimmt wird.

Das Arbeitsprinzip für Neuland und die Neuland-Diskussion lautet: konstruktives Kräftemessen. Mit anderen Worten: Jeder leistet entsprechend der eigenen Möglichkeiten einen Beitrag für das gemeinsame Projekt. Mit vereinten Kräften, aus den gesammelten Ideen, dem Wissen und der Kritik der Beteiligten entsteht Neuland in der Theorie. Auch in der Neuland-Praxis sollen anfallende Aufgaben gemäß individueller Eignung und Neigung verteilt werden. „Ziel soll es sein, dass die ‚Bewohner‘ der ‚Neulandgesellschaft‘ die Tätigkeiten ausfüllen, die ihnen am besten liegen, was sowohl Selbstvertrauen wie Zufriedenheit und Selbstbewusstsein schaffen soll.“

Während Deutschland über Hartz IV und 1-Euro-Jobs diskutiert, machen die Neuländer sich Gedanken über eine gerechte Verteilung von Arbeit, Möglichkeiten der Entlohnung und die Umsetzbarkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens. Letzteres würde vielen Menschen ganz sicher ein sorgenfreies Leben bescheren. Aber würde dann noch jemand arbeiten?

Ansätze einer eigenen Pädagogik

Kaum ein Aspekt des Lebens bleibt in der Neuland-Debatte unberücksichtigt. In gesonderten Themensträngen wird über Religion und Glauben diskutiert, es werden Ansätze einer Neuland-Pädagogik entwickelt. Auch die allgemeine medizinische Versorgung, das Leben im Alter und die gesellschaftliche Teilhabe von Behinderten werden thematisiert. Um die Übersicht über eine zunehmend breiter geführte Diskussion zu bewahren, wurden einzelne Threads, Themenstränge, in entsprechende Foren ausgelagert.

Außerdem gibt es einen Ergebnis-Thread.

Beeindruckend ist der ausdauernde Eifer, mit dem über einzelne Entwürfe mitunter über Wochen und Monate hinweg diskutiert, gestritten und gemeinsam an diesen gearbeitet wird, bis sie – fiktiv – für alle Beteiligten realisierbar erscheinen und somit Neuland nicht „in Richtung Seifenblase tendiert“, wie spottende Beobachter behaupten.

Mitte August wurde ein vorläufiges Resümee über die Kernpunkte der Neuland-Gesellschaft gezogen: 1) das Erkennen gemeinsamer Ziele und Vorstellungen, 2) das Verinnerlichen der Vorteile sozialen Zusammenlebens, 3) Spaß, Glück und Gemeinschaftsgefühl innerhalb Neulands, 4) Selbsterkenntnis und Selbstreflexion, 5) Toleranz erlernen, 6) Tauschtische und Tauschkreise, 7) Hilfe annehmen und anbieten, 8) gemeinsam lernen, 9) gemeinsam lachen und feiern, 10) Ehrlichkeit und Offenheit üben. Auf der Gesellschafter-Plattform wurde damit Neuland betreten. Weitere Fortschritte werden mit Spannung erwartet.

DIE „NEULAND“-DISKUSSION

- Gestartet wurde die „Neuland“-Diskussion am 27. September 2006 mit dem Diskussionsstrang „Gestaltung einer Gesellschaft“ im Forum Gesellschaft & Gesellschaftskonzepte. Die Debatten haben sich ausdifferenziert: Neben dem Kernstrang gibt es ein halbes Dutzend Nebendiskussionen u. a. zu den Themen Grundeinkommen, Bildung, Glaube und Kommuni-

kation. Insgesamt wurden zum Thema bislang gut 3100 Beiträge geschrieben, davon rund 2300 im Hauptthread, der damit der umfangreichste auf der gesamten Gesellschafter-Website ist. Knapp 80 Diskutantinnen und Diskutanten haben sich durch eigene Beiträge beteiligt, mehrere tausend haben die Diskussionen gelesen.

Geteiltes Glück, geteilte Sorgen

Familien schreiben über eine Woche ihres Lebens

Der Wettbewerb „Glück kann man teilen. Sorgen auch. Unser Familientagebuch“, stellt Familien, in denen Menschen mit Behinderungen leben, in den Mittelpunkt.

Familien – das sind ganz unterschiedliche Menschen, alte, junge, Frauen und Männer. Menschen, die miteinander leben, sich einander zuwenden und streiten, füreinander da sind und Verantwortung übernehmen. Die Aktion Mensch sucht gemeinsam mit dem Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte, Familien, die in Tagebuchform eine zusammenhängende Woche ihres Lebens aufschreiben. Gefragt sind Fa-



FOTO: MICHAEL BAUSE

Schöne und schwere Zeiten: Familien beschreiben ihren Alltag.

milien, in denen Menschen mit Behinderungen leben. Dabei soll es um den ganz normalen Alltag gehen. Um ihre Wünsche und Gedanken, um schöne und schwere

Momente. Erwartungen an Politik und Gesellschaft.

Die Beiträge sollen einer größeren Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Gewünscht sind daher auch po-

litische und gesellschaftliche Anregungen, die sich aus den geschilderten Erfahrungen der Betroffenen ergeben.

Jede teilnehmende Familie kann im Zeitraum vom 15. September 2007 bis zum 31. März 2008 eine zusammenhängende Woche – bitte mit Familienfoto – beschreiben. Möglichst viele Familienmitglieder sollen hierbei gemeinsam ihren Alltag beschreiben.

Die besten Beiträge werden in einem Buch veröffentlicht. Die ersten drei Gewinner erhalten je einen Reisegutschein. Einige der Fotos werden mit Auszügen aus den Tagebüchern in einen Kalender für das Jahr 2009 aufgenommen. Einsendeschluss ist der 1. April 2008.

WENDEPUNKTE

Momentaufnahmen

„Fünf Minuten nach dem Unfall waren wir vor Ort, zehn Minuten danach mit einem der „Opfer“ auf dem Weg in die Klinik und dann habe ich eine Geschichte gehört, die mich bis heute nicht mehr loslässt...“. Wendepunkte. Momente der Hilfe, Momente der Begegnung – um helfende Menschen und Menschen, denen geholfen wird, geht es bei diesem Schreibwettbewerb der Aktion Mensch und des Deutschen Roten Kreuzes. Noch bis zum 31.10.2007 können Erzählungen, Essays oder Gedichte eingereicht werden.

► **Teilnahmebedingungen:** dieGesellschafter.de/wendepunkte und www.drk.de

Auf der Suche nach dem fairen Design

Wettbewerb belohnt kreative Anzeigenmotive für einen gerechten Handel

Es geht nicht fair zu im Weltmarkt. An den weltweiten Börsen werden Kaffee oder Bananen oft zu Billigpreisen gehandelt. Viele Menschen in den Ländern des Südens arbeiten den ganzen Tag auf den Plantagen und werden dennoch kaum satt. Verbraucher können das ändern, indem sie fair gehandelte Produkte kaufen. 40 Prozent der Deutschen kennen das Fair Trade Siegel für gerechte Preise und Handelsbedingungen. Jetzt sollen es noch mehr kennenlernen. Unter dem Motto „Politik ist



Jede Banane hat auch ihren Preis.

käuflich!“ startet die Aktion Mensch mit „TRANSFAIR“ am 30. September einen Kreativwettbewerb. Gesucht werden Anzeigenmotive mit Slogans, die zum Nachdenken über das Einkaufsverhalten anregen. Mitmachen können Einzelne oder Gruppen. Die fünf Gewinner werden zu einem Agenturworkshop nach Berlin eingeladen, um ihre Motive auszuarbeiten.

► **Einsendeschluss ist der 31. März 2008. Infos unter:** dieGesellschafter.de/politik

Mysteriöse Medien

In der neuen Saison ab Oktober lässt das Entdecker-Netzwerk „X&Co.“ der Aktion Mensch und des ZDF-Magazins „pur+“ Agenten die „Mysteriösen Medien“ erforschen. In zehn Aufträgen erkunden die Teams unter anderem Computer, Radiosender oder die Fernsichtungen. Dabei gibt es viel zu erforschen: Was passiert, wenn jemand einen Tag keinen Computer nutzt oder wie erhält man Informationen über seinen Radiosender.

Ehrenamt gefällig?

Die Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2007

„Engagement macht stark“. Davon können sich Interessierte in der Woche des bürgerschaftlichen Engagements vom 14. bis zum 23. September 2007 bundesweit überzeugen.

In Frankfurt können Besucher sehen, wie ein Flugzeug mit Hilfsgütern für rumänische Kinderheime beladen wird. Im bayerischen Dietfurt ist Denkmalspflege angesagt, und in Berlin kann mit Mitglie-

dern des Unterausschusses für bürgerschaftliches Engagement diskutiert werden.

Bisher haben über 550 Organisationen Veranstaltungen angekündigt, um zu zeigen, was das Ehrenamt leistet. Ziel der Woche ist es, die Rahmenbedingungen für die mehr als 23 Millionen ehrenamtlichen Helfer in Deutschland zu verbessern. Als thematische Leitlinien für die Aktionswoche 2007 wurden die The-

menfelder Integration und Teilhabe gewählt. Initiator ist das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) – ein Zusammenschluss von über 190 Organisationen aus Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft. Schirmherr ist Bundespräsident Horst Köhler.

► **Informationen:** www.engagement-macht-stark.de oder bei: ute.wiepel@b-b-e.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Aktion Mensch, Heinemannstraße 36, 53175 Bonn.

Leitung: Christian Schmitz und Heike Zirden (Vi.S.d.P.)

Redaktion: Stefan Brunn (Koordination), Mechthild Buchholz, Bithja Isabel Gehrke (Layout), Heike Grelka, Silvia Harbord, Jutta vom Hofe (Textredaktion), Anne Krug, Anja Martin, Anja Mikler, Christian Scheiff, Sabine Wißkirchen.

Kontakt zur Redaktion: Tel. 02 28 - 20 92-364, Fax 02 28 - 20 92-333.

E-Mail: zeitung@dieGesellschafter.de, **Druck:** General-Anzeiger, Bonn.

dieGesellschafter.de erscheint regelmäßig kostenlos und liegt bundesweit an ausgewählten Stellen aus. Interessenten, die die Zeitung auslegen möchten, können sich unter www.dieGesellschafter.de/zeitung eintragen oder wenden sich an Tel. 02 28 - 20 92-345.

Die in den Zitaten und Forumsbeiträgen abgedruckten Meinungen geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Selbstvertrauen stärken

In Jugendprojekten gemeinsam fürs Leben lernen



Ob in der Theatergruppe, auf dem Fußballplatz oder in der Bastelgruppe: Im spielerischen Wettbewerb oder kreativen Miteinander gewinnen Kinder und Jugendliche Selbstvertrauen. Der Umgang mit Frustration und Konflikten, Respekt und Teamfähigkeit sind wichtige Kompetenzen im Hinblick auf kulturelle,

geschlechtsspezifische und soziale Differenzen.

Der Wettbewerb „Gemeinschaft bildet“ der Aktion Mensch und der Arbeiterwohlfahrt sucht nach beispielhaften Projekten, die gezielt Kinder und Jugendliche in ihrem Umfeld ansprechen und ihnen ermöglichen, ihre Kompetenzen zu entdecken, zu entwickeln und zu stärken. Im

Zentrum soll dabei die sinnvolle Verknüpfung von Bildung, Betreuung und Erziehung stehen.

Bis zum 30.12.2007 können sich gemeinnützige Einrichtungen sowie Träger und Initiativen der Kinder- und Jugendhilfe mit ihren Konzepten bewerben. Zur Unterstützung des Projekts, erhalten die drei Gewinner einen Gutschein über Sachmittel.

STEUERVORTEIL

Ehrenamt wird gestärkt

Alle, die sich nebenberuflich im gemeinnützigen oder kirchlichen Bereich engagieren, können künftig einen Steuerfreibetrag von 500 Euro im Jahr geltend machen, wenn sie nicht bereits von anderen Steuererleichterungen profitieren. Dies hat der Deutsche Bundestag am 6. Juli beschlossen. Das „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ erhöht außerdem den Übungsleiterfreibetrag auf 2100 Euro jährlich und begünstigt die finanzielle Ausstattung von Stiftungen. Auch das Spendenrecht wird einfacher: So reicht für Spenden bis 200 Euro künftig ein Einzahlungsbeleg oder eine Buchungsbestätigung als Nachweis aus. Die Höchstgrenze für den steuerlichen Abzug von Spenden wird auf 20 Prozent der Einkünfte angehoben. Das Gesetz wird im September im Bundesrat abschließend beraten. Stimmt dieser zu, tritt es rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Kraft.



Foto: DPA

Herrliche Kulisse, enorme Besucherzahlen: Über 42.000 Menschen sahen jüngst beim „3. International Paralympic Day“ vor dem Brandenburger Tor zu. Rund 100 Athleten des Behindertensports gaben den Berlinern hier schon einmal einen Vorgeschmack auf die Paralympics 2008 in Peking.

Internationales Theater in Berlin

Das integrative Kulturfestival „No Limits“ geht in die dritte Runde

Vom 17. bis zum 27. Oktober 2007 heißt es in Berlin wieder „No Limits“ – Theater ohne Grenzen: Beim integrativen Festival der Lebenshilfe gGmbH Kunst und Kultur treffen sich bereits zum dritten Mal internationale Theater- und Tanzensembles mit Künstlern mit und ohne Behinderung, um ihre aktuellen Inszenierungen zu zeigen. Mit dabei sind in diesem Jahr unter anderem das Theater



Foto: MICHAEL BAUSE

Auch in diesem Jahr wieder bei No Limits: das Theater Hora.

Reporter gesucht

Junge Autoren erkunden Sozialprojekte

Interviews führen, Artikel schreiben, Videos drehen – die Aktion Mensch und die Jugendpresse Deutschland suchen 50 Nachwuchsjournalisten im Alter von 14 bis 27 Jahren, die soziale Projekte multimedial begleiten.

Rund 2200 Projekte werden im Rahmen des Förderprogramms der Initiative dieGesellschafter.de finanziell unterstützt. In ihnen engagieren sich Menschen aller Generationen und Kulturen ehrenamtlich für eine lebenswerte Zukunft. 50 dieser Projekte sollen nun in einem Online-Magazin mit Artikeln, Bildern, Audio- und Videobeiträgen vorgestellt und zur Nachahmung empfohlen werden.

Für die Redaktion des Magazins sind junge Medienmacher gesucht. In einer ersten Bewerbungsphase wurden bereits 25 Nachwuchsjournalisten ausgewählt, 25 weitere Plätze sind noch zu vergeben. Mitmachen können alle, die Spaß am Schreiben haben und möglichst erste journalistische Erfahrungen vorweisen können. Daneben zählen aber auch Kenntnisse in multimedialer Arbeit. Bis zum 25. Oktober 2007 können sich Interessierte um einen der Plätze bewerben. Unbedingt notwendig sind dazu ein Motivationsschreiben und eine schriftliche Antwort auf die Frage „In welcher Gesellschaft

willst Du leben?“. Auch Proben der bisherigen journalistischen Tätigkeit sind erwünscht.

Die zweite Gruppe der Redaktionsmitglieder kommt Ende November zu einem Workshop zusammen, in dem die Reporter neben einer Einführung in den Journalismus bereits ihre Aufträge erhalten. Dann geht es an die Arbeit: Die Teilnehmer fahren zu den Projekten, sprechen mit Initiatoren und Ehrenamtlichen. In den Interviews sollen sie möglichst viel über die Hintergründe der Projekte in Erfahrung bringen: Warum haben die Mitarbeiter das Projekt ins Leben gerufen? Welche kleinen und großen Erfolge konnten sie



Jungreporter: mit Laptop und Turnschuhen.

durch ihr Engagement bereits erzielen? Für ihre Beiträge erhalten die Journalisten ein Honorar, das Fahrt- und sonstige Kosten abdecken soll. Anfang 2008 wird das Magazin auf der Website dieGesellschafter.de veröffentlicht.

► **Informationen unter dieGesellschafter.de/projekt/events/weltverbesserer_oder_unter_www.jugendpresse.de**

Hora aus der Schweiz, das Berliner Theater RambaZamba, das Grusomhetens Theater aus Norwegen und die italienische Compagnia Pippo Delbono. Ausstellungen und Workshops runden das Programm ab. Tickets: TIC/Kulturbrauerei Berlin, Telefon 030 / 44 31 51 51 oder unter ticket@no-limits-festival.de

► **Weitere Informationen unter www.no-limits-festival.de**

Beraten, begleiten, beliefern

Cap-Märkte schließen Versorgungslücken und schaffen Jobs für Menschen mit Behinderung

Von Anne Krug

An der Supermarkt-Kasse bildet sich eine kleine Schlange. Der junge Kassierer scannt die Produkte, eins nach dem anderen, freundlich und gelassen. Die übliche Routine. Nur wer genau hinsieht, bemerkt, wie ihm seine Bewegungen manchmal für einen Augenblick entgleiten. Wie seine Hände ganz kurz das Weite suchen, leicht zittern, bevor sie dann wieder ganz selbstverständlich die nächste Milchtüte oder den Frischkäse greifen.

Dirk Hennemann arbeitet rund 30 Stunden pro Woche an der Kasse des Cap-Marktes in Hilden bei Düsseldorf. Er ist von Anfang an dabei, seit der Eröffnung des Marktes im November 2006. Cap kommt von Handicap und steht für das Konzept der Supermarkt-Kette: Bei Cap arbeiten überwiegend Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen. Das Team in Hilden besteht aus 13 Mitarbeitern, neun haben eine Behinderung. Deutschlandweit gibt es knapp 50 Filialen, Tendenz steigend. Die Märkte werden von lokalen Trägern finanziert, beispielsweise von Wohlfahrtsverbänden unterstützt durch die Aktion Mensch. Den Markt in Hilden trägt die AWO Niederrhein.

Ob Biofleisch oder die günstige Discount-Marke – bei Cap gibt es alles zu kaufen, was es in anderen Supermärkten auch gibt, zu den gleichen Preisen. Beliefert werden sie von der



FOTOS: MICHAEL BAUSE

An ihm müssen alle vorbei: Kassierer Dirk Hennemann gehört mittlerweile zum Stammpersonal im Cap-Markt.

Edeka-Gruppe. Der Cap-Markt unterscheidet sich also nicht vom „normalen“ Supermarkt, außer durch den besseren Service: Die Angestellten helfen den Kunden beim Einkaufen, reichen Waren an und liefern auch nach Hause. Damit schließen die Cap-Märkte eine Versorgungslücke, gerade für ältere und gehbehinderte Menschen, und gleichzeitig schaffen sie reguläre Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung.

Die Gehälter der Mitarbeiter sind an den Einzelhandelsstarif angeglichen, liegen aber etwas darunter.

Vor seinem Job bei Cap arbeitete Dirk Hennemann bei einem Zwischenhändler für CDs und DVDs. Danach folgten zweieinhalb Jahre Arbeitslosigkeit, Hartz IV und rund 200 erfolglose Bewerbungen. Als der 32-Jährige sich bei Cap vorstellte, war er „verschüchtert und depressiv, er hatte keine Perspektiven“, erinnert sich Marktleiter Kenneth Hützen. Dann bekam der gelernte Bürokaufmann bei Cap eine Chance. Laufen könne er zwar nur mit Krücken, sagt sein Chef, „aber an der Kasse ist er mittlerweile so schnell, dass er fast mit einer Aldi-Kassiererin mithalten kann.“

Von der Entwicklung ihrer Mitarbeiter profitieren auch die Leiter im Cap-Markt, Hützen und sein Stellvertreter.

Beide hätten jetzt „viel mehr Selbstvertrauen und ein ganz neues Lebensgefühl“, sagt der 52-jährige Kaufmann, „das strahlt zurück.“ Der große, dunkelhaarige Mann mit der

dem neuen Projekt Cap-Markt hörte, bewarb er sich sofort als Marktleiter, erzählt er. Aber dann muss Hützen schon wieder los; heute ist er mit dem Lieferservice dran und bringt einigen Kunden den Einkauf nach Hause.

Für einige der erste „richtige“ Arbeitsplatz

Auch Jacqueline Kuhn wirft noch einmal einen Blick auf den Einsatzplan, den der Chef wöchentlich neu einteilt. Dann legt die blonde junge Frau mit den langen, glitzernden Ohrringen ihre Arbeitskleidung ab, sie hat für heute Feierabend. Auch sie kam im November 2006 zum Vorstellungsgespräch und fand im Cap-Markt nach etlichen Praktika ihren ersten „richtigen“ Arbeitsplatz. Rund 25 Stunden in der Woche kümmert sich die 19-Jährige darum, dass die Regale aufgefüllt sind und ordentlich aussehen. Wenn etwas fehlt, bestellt sie selbstständig neue Ware. Anfangs war ihr das gar nicht so recht. Jacqueline hat eine Lernbehin-



Jeder hat seinen Job: Die Mitarbeiterin bestellt die Waren selbstständig nach.

freundlichen Ausstrahlung und dem festen Händedruck ist seit über 30 Jahren in der Supermarkt-Branche tätig, hat schon in fast allen Bereichen gearbeitet. Als er von

G Ich hatte nie ein Problem mit meiner Behinderung (bin praktisch taub). Ich habe sie allerdings auch nie zum Thema gemacht. Es stimmt aber, dass die Zeiten härter werden, auch für Behinderte. Wenn eine Behinderung in der Form besteht, dass man zum Beispiel langsamer arbeitet, ist man wirklich auf ein Unternehmen mit sozialem Verantwortungsbewusstsein angewiesen. Und das ist ein Problem.

Ich wünsche mir, dass Arbeitgeber nur auf den Menschen und die Qualifikationen gucken und auf nichts weiter. Die Bewerbung sollte unabhängig von Abgaben oder sonstigen Kosten beurteilt werden. Und ohne die Angst, den Arbeitnehmer nicht mehr loszuwerden. Die Ausgleichsabgabe für Betriebe ist überhaupt keine Lösung. Jörg Jellissen

► dieGesellschafter.de

derung und braucht für alles ein bisschen länger. „Wenn ich etwas noch nicht kenne, bin ich sehr zurückhaltend.“ So ging es ihr zunächst auch bei der Bedienung der Geräte für die Nachbestellungen. Doch mittlerweile klappt das fast ohne Hilfe. Auch sie ist durch die neue Arbeit offener geworden, traut sich mehr zu. Wenn die 19-Jährige den Arbeitsplatz im Cap-Markt nicht bekommen hätte, wäre sie heute wahrscheinlich arbeitslos. Eine Werkstatt für behinderte Menschen käme für Jacqueline nicht in Frage, entschieden schüttelt sie den Kopf: „Ich habe mir mal eine Werkstatt angesehen und bin

weinend raus gerannt, weil mir die Leute so leid taten. Da könnte ich nicht arbeiten.“

Integrationsfirmen sind in allen Branchen tätig

Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung außerhalb von Werkstätten bieten in Deutschland über 700 Integrationsfirmen an, zu denen auch die Cap-Märkte gehören. Die Firmen beschäftigen in der Regel zu mindestens 50 Prozent Menschen mit anerkannter Schwerbehinderung, und zwar in allen möglichen Branchen: vom Garten- und Landschaftsbau bis zur Bürotätigkeit. „Der Unterschied zwischen Cap und

anderen Integrationsfirmen ist, dass die Betreiber eines Cap-Marktes auf ein bereits fertiges Konzept zugreifen können“, erklärt Norbert Tietz von der Bundesarbeitsgemeinschaft Integrationsfirmen. So entfielen zwar mühsame Aufbauarbeiten, allerdings könne man in der Entwicklung nicht so kreativ sein wie bei einer eigenen Geschäftsidee.

Die Nachteile des Konzepts kennt Arbeitsmarktforscher Heinz Willi Bach von der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Mannheim: „Die Idee der Integrationsfirmen ist eine sehr gute, aber auch eine sehr teure.“ Gut sei, dass Menschen

mit Behinderung dort in großem Umfang ihren Neigungen entsprechende Arbeitsplätze finden könnten. Wegen der hohen Kosten für die steigende Zahl von Integrationsfirmen, würden die Integrationsämter und das Bundesarbeitsministerium nun aber an anderer Stelle sparen – zum Beispiel an den Assistenzkräften für schwerstbehinderte Menschen oder den Lohnzuschüssen bei Minderleistung. Außerdem würde ein Teil der Firmen nach Auslaufen der Subventionen nicht lange überleben.

Diese Sorge haben die Hildener nicht. Hält der jetzige Erfolg an, ist der Cap-Markt nicht mehr lange auf finanzielle Un-

terstützung angewiesen. „Es sieht so aus, als würde sich der Markt in zwei Jahren selbst tragen“, so Leiter Hützen. Sein nächstes Ziel ist die Eröffnung eines weiteren Cap-Marktes in einer anderen Stadt. Denn: „Das Konzept passt.“

Auch die Kunden profitieren

Das finden auch die Kunden, zum Beispiel der 22-jährige Marian Albracht, der gerade eine Packung Erdbeeren bezahlt: „Hier sind die Leute noch lockerer“, sagt er, „in den anderen Supermärkten sind die Kassiererinnen meistens gestresst und unfreundlich.“

i INFOS UND KONTAKT ZU CAP

Das Konzept der Cap-Märkte stammt von der Genossenschaft der Werkstätten für behinderte Menschen eG (GdW) in Sindelfingen, Baden-Württemberg. Das Modell wird über ein Franchise-System bundesweit verbreitet, das heißt, die GdW „vermietet“ ihr Konzept an sogenannte Franchise-Nehmer, also lokale Träger vor Ort, die den jeweiligen Cap-Markt betreiben. Kontakt: GdW Süd, Waldenbucher Straße 30, Postfach 02 12, 71044 Sindelfingen,

Ansprechpartner:

Thomas Heckmann,
Tel.: 0 70 31 / 95 21 50

Unter www.cap-markt.de sind alle 48 Cap-Märkte Deutschlands mit Adresse und Ansprechpartner verzeichnet.

Der Cap-Markt in Hilden: Im November 2006 eröffnet, elf Angestellte, davon neun mit Behinderung, 7000 Artikel auf 450 qm, Kontakt: Cap-Markt Hilden, Am Strauch 39, 40723 Hilden, Ansprechpartner: Kenneth Hützen.



Service inbegriffen: Die Mitarbeiter kümmern sich um die Kunden oder begleiten sie beim Einkauf.

„Der Arbeitgeber sollte nicht draufzahlen müssen“

Wie Menschen mit Handicap größere Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt bekommen

Norbert Müller-Fehling, Geschäftsführer des Bundesverbandes für Körper- und Mehrfachbehinderte, über die Situation von Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt.

Die Arbeitslosigkeit unter schwerbehinderten Menschen ist extrem hoch. Mehr als 170 000 sind arbeitslos. Woran liegt das?

In Zeiten, in denen der Arbeitsmarkt eine große Zahl von Menschen ohne Handicap bereithält, ist der Zugriff auf behinderte Menschen zwangsläufig geringer. Nach Meinung vieler Arbeitgeber gleichen die unterstützenden Leistungen der Integrationsämter, die für die Förde-

rung von schwerbehinderten Menschen im Arbeitsleben zuständig sind, nicht die Einschränkungen gehandicapter Menschen aus.

Viele größere Unternehmen, die laut Gesetz eigentlich schwerbehinderte Arbeitnehmer einstellen müssten, zahlen lieber eine Ausgleichsabgabe. Ist die Abgabe zu niedrig?

Ja. Die unterstützenden Leistungen am Arbeitsplatz können durch die Einnahmen aus der Abgabe allein nicht mehr gedeckt werden. Ich bezweifle aber auch, dass eine erhöhte Abgabe zu mehr Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen führt. Es sollte nicht der einzelne Ar-



Norbert Müller-Fehling

beitgeber dafür zahlen müssen, dass er einen Menschen mit Handicap eingestellt hat, sondern die Gemeinschaft aller Arbeitgeber oder die Allgemeinheit.

Wie könnte das aussehen?

Zum Beispiel durch dauerhaft subventionierte Löhne und personelle Unterstützung. Die Bundesregierung hat gerade ein Konzept aufgegriffen, das in anderen Ländern schon weiter entwickelt ist. Diese „Unterstützte Beschäftigung“ sieht vor, zuerst einen Arbeitsplatz zu finden und dann eine Qualifizierung auf den

konkreten Arbeitsplatz zu absolvieren. Die Menschen gehen zusammen mit einer betreuenden Person in die Betriebe, die sie den ganzen Zeitraum über begleitet und unterstützt.

Sind andere Länder in dieser Hinsicht weiter?

Wir haben in Deutschland ein sehr differenziertes, institutionalisiertes System der Hilfe für behinderte Menschen. Bei uns ist jeder mehr oder weniger versorgt. Wer will, kann sich zum Beispiel in eine Werkstatt einklagen. Damit ist aber auch die Verantwortlichkeit der Allgemeinheit ein Stück aus dem Blick geraten. In anderen Ländern gibt es dieses System nicht, so dass sich andere, individuelle Angebote entwickeln können, wie etwa die „Unterstützte Beschäftigung“. Unter anderen Bedingungen werden eben andere Lösungen gefunden.

Die Fragen stellte Anne Krug.

Ob Ballett, Schauspiel oder – wie hier – Tanztheater: von den Kürzungen im Kulturbudget sind sowohl renommierte Bühnen als auch kleine Kunstprojekte betroffen.



FOTO: MARIO HEINEMANN, M. STANZNER/MANNHEIM

Kultur – Luxus oder Grundrecht?

Goethes Faust im Theater oder ein Trommelkurs in der Volkshochschule: Kultur geht alle an

Von Silke Häußler

Familie Mayer leistet sich Kultur: Die Mutter besucht einen Malkurs an der Volkshochschule, der Vater singt im Kirchenchor, der Sohn lernt Gitarre, ist leidenschaftlicher Sprayer und Konzertgänger.

Die Eltern gehen etwa vierteljährlich in eine Theater- oder Opernaufführung. Damit gehört die Familie zu den zwei Dritteln der Bevölkerung, die

G Der ökonomische Druck mag vielleicht positiv auf die Produktivität des Künstlers wirken. Wenn aber auch Stiftungen und staatliche Kunstförderungen zunehmend auf die Verwertbarkeit schauen, dann wird dies zum Strukturelement der Kunst. Das muss sie nicht ungenießbar machen, aber sie fängt an, den Geschmack von Coca-Cola zu bekommen. Sie ist dann auf Dauer einfach zu süß.
Ringo Star

► dieGesellschafter.de

für kulturelle Angebote erreichbar sind und sie zumindest punktuell nutzen, wie eine Untersuchung des Zentrums für Kulturforschung ergab.

„Kultur für alle“ hieß das Leitmotiv der Protestbewegung der sechziger und siebziger Jahre. Des Menschen Recht sei die Teilhabe an Kultur. Warum sollte nur ein geringer Prozentsatz der Bevölkerung die von allen finanzierten Kulturangebote nutzen? Die damalige Kritik zielte auf das Bürgertum, das in öffentlich finanzierten Museen, Theatern und Opernhäusern einer Hochkultur huldigte und damit an einem traditionellen Kulturbegriff festhielt. In Zeiten, wo Willy Brandt „Mehr Demokratie wagen“ postulierte, galt eine solche Förderpraxis als überholt.

Infolge einer „Demokratisierung der Kultur“ weitete sich die Kulturförderung sukzessive aus. Kultur bezog sich nun nicht allein auf die Künste, sondern auf die Lebensweise. Soziokulturelle Zentren und alternative Kultur- und Bildungseinrichtungen entstanden bundesweit. Das Angebot hat sich laut Schätzungen in den vergangenen 30 Jahren

verdreifacht. Von 1975 bis 2003 stiegen die Kulturausgaben der öffentlichen Hand insgesamt von 1,8 auf 8,2 Milliarden Euro. Die Bevölkerung hatte Zeit und Geld, die Angebotsvielfalt zu nutzen. Heute benötigen viele Menschen ihr Geld zur Sicherung ihrer Existenz, für Kultur bleibt da kaum etwas übrig. Ist das Prinzip „Kultur für alle“ überholt? Kann sich eine Gesellschaft diesen Anspruch nicht mehr leisten?

Kommunen dampfen Förderungen ein

Die öffentliche Kulturförderung liegt in erster Linie bei den Ländern und Kommunen, die nahezu 90 Prozent des Gesamtetats bezahlen. Seit sich die Einnahmen der Länder reduzieren, dampfen Kommunal- und Stadtpolitiker die Förderungen ein. Denn: Kulturförderung ist freiwillig, die Länder sind gesetzlich nicht dazu verpflichtet. Der Bund setzte jedoch 2003 die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ ein, um auszuloten, wie Kulturpolitik trotz Sparmaßnahmen weiterhin als Gesellschaftspolitik be-

stehen kann. Die Kommission schlägt eine Grundgesetzänderung vor, ähnlich der von 1994, die den Umweltschutz aufnahm: „Der Staat schützt und fördert die Kultur.“ Befürworter sehen darin einen Schutz geistiger Ressourcen, Kritiker glauben, dass allein Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe darauf folgen. Diskussionen, die der Realität hinterherhinken, denn Stadt und Land kürzen weiter. Die Kulturschaffenden, das eigentliche kulturelle Potenzial, geraten verstärkt unter Rechtfertigungsdruck. War es schon früher schwierig, die Freiheit künstlerischer Produktionen formalen Förderzielen unterzuordnen, müssen sie sich nun fragen, ob die Gesellschaft ihr Kulturangebot wirklich braucht.

Kultur war schon immer geprägt von einem Zusammenspiel öffentlicher und privater Akteure. Doch je knapper die Kassen, desto dominanter der Einfluss der Kulturwirtschaft. Ob die Qualität von Kunst und Kultur erhalten bliebe, wenn sie allein über den Markt zu Geld kommen müssten, erscheint aber fraglich. Be-

darf es nicht der öffentlichen Hand, um der Verflachung von Kultur, dem Leicht-Konsumierbaren etwas Kantiges entgegenzusetzen zu können, um Heranwachsenden, die über ihre Familie keine kulturellen Angebote kennenlernen, Kultur zu vermitteln?

Bildungsniveau bedeutet Teilhabe

Das neueste Kulturbarometer des Zentrums für Kulturforschung belegt: Bei jungen Menschen entscheidet das Bildungsniveau über ihre Teilhabe an Kultur. Die Etats der Musik- und Kunstschulen sowie der Volkshochschulen schmelzen, obwohl ihre Vermittlungsfunktion für Heranwachsende unangefochten bleibt. Die Monatsbeiträge außerschulischer Einrichtungen steigen. Aber wo sind die Kultur-„Nutzer“? Wer würde für kulturelle Teilhabe auf der Straße protestieren? Sollte das Motto „Kultur für alle“ nunmehr lauten: Kultur geht alle an?

► Das vollständige Dossier im Internet unter dieGesellschafter.de/information/dossiers

„Freiheit fängt im Kopf an“

Datenschützer Schaar warnt vor Einschränkung der Privatsphäre

Beim Thema Datenschutz steht der nächste Streit an: Die EU will Telefon-, E-Mail- und andere Internetdaten auf Vorrat speichern. Kritiker warnen davor, dass Staat und Behörden sich damit noch mehr Zugriffsmöglichkeiten auf persönliche Daten verschaffen. Schon heute drohe eine schlechende Aushöhlung unseres Rechtsstaates. Heike Grelka sprach mit Peter Schaar, dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit.

Herr Schaar, wie hat sich unsere Gesellschaft seit dem Beginn des Anti-Terror-Kriegs verändert?

Sehr stark. Es hat eine Vielzahl von Einschränkungen gegeben wie Kameraüberwachung, digitale Pässe oder Datenspeicherung. Neben den Bürgerrechten ist vor allem der Datenschutz zugunsten der inneren Sicherheit immer mehr eingeschränkt worden.

Was meinen Sie damit konkret?

Im Hinblick auf Datenschutzverletzungen beanstanden wir die sehr weit gehende Übermittlung von polizeilichen Daten an Nachrichtendienste im Rahmen der Terrorismusbekämpfung. Insbesondere, wenn es sich um Daten handelt, die infolge eines Kindesmissbrauchs gespeichert wurden, wie in Hunderten Fällen geschehen, und die nichts mit Terrorismus zu tun hatten.

Ein anderes umstrittenes Thema ist die Vorratsdatenspeicherung. Worum geht es dabei?

Im Jahr 2006 trat die Europäische Richtlinie zur Einführung einer europaweiten Vorratsspeicherung von Telefon- und Internetdaten in Kraft. Das heißt, jedes Telefonat, jede E-Mail, jedes Surfen im Internet soll protokolliert werden mit dem Ziel festzustellen, wer wann wen angerufen hat und wo er sich dabei aufhielt. Bei der Internetnutzung soll die sogenannte IP-Adresse (Anm. der Red.: diese dient zur eindeutigen Adressierung von Rechnern) für mindestens ein halbes Jahr protokolliert werden. Diese Vorstöße werden begründet mit der Bekämpfung des Terrorismus und schwerer Kriminalität. Aber schon jetzt ist vorgesehen, diese Daten auch bei minder schweren Straftaten und sogar für zivilrechtliche Forderungen im Rahmen des Urheberrechts zu verwenden. Zum Beispiel für die Identifikation junger Menschen, die in Onlinetauschbörsen Musik ausgetauscht haben.

Seit es das Internet gibt, wird immer mehr von Datenschutz geredet. Was müssen private Anbieter im Netz leisten?

Sie müssen dafür sorgen, dass auf keinen Fall mehr Daten gespeichert werden, als zur Erbringung und Abrechnung des Dienstes erforderlich ist. Ich bedaure, dass das in Zukunft durch die Vorratsdatenspeicherungsrichtlinie vor-

geschrieben ist. Tatsächlich wird aber sehr viel mehr gespeichert. Damit meine ich



Der Einzelne wird immer mehr durchleuchtet.

Suchmaschinen wie zum Beispiel Google, die Suchanfragen zusammen mit der IP-Adresse für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren speichern.

Was kritisieren Sie genau?

Ich halte es für falsch, eine allgemeine Protokollierung der elektronischen Kommunikation vorzunehmen, die zu 99 Prozent unschuldige und vor allem auch unverdächtige Personen trifft. Wenn ein gezielter Verdacht vorliegt, habe ich nichts dagegen, dass auf ohnehin vorhandene Daten zugegriffen wird. Aber eine generelle Vorratsdatenspeicherung stellt uns alle, die die Telekommunikation nutzen müssen, quasi unter Generalverdacht.

Welche Folgen kann das für den Bürger haben?

Wenn ich befürchten muss, kontrolliert zu werden, selbst wenn ich es im Detail gar nicht werde, verhalte ich mich anders, als wenn ich mich un beobachtet fühle. Das heißt: Freiheit fängt im Kopf an. Wenn wir auf Grund dieser wahrgenommenen Überwa-

meinen Informationen, die bei Bundesbehörden gespeichert werden, gewährleisten soll. Davon sollte man Gebrauch machen.

Sind wir auf dem Weg zum Überwachungsstaat?

Wenn sich diese Tendenzen fortsetzen, dann ist das Ergebnis ein Überwachungsstaat. Technologisch gesehen ist eine Totalüberwachung bereits heute möglich. Es gibt leider westliche Gesellschaften, wo die Überwachung schon viel weiter fortgeschritten ist, etwa Großbritannien. Ich warne davor, diesen Weg weiterzugehen.

Wie kann die Gesellschaft diese Entwicklung stoppen?

Datenschutz ist ein Grundrecht. Die Privatsphäre der Menschen muss in einer demokratischen Gesellschaft einen Wert besitzen. Wir müssen uns bewusst werden, dass die Informationstechnologie nicht einfach einen unveränderlichen Umwelteinfluss darstellt. Informationstechnische Überwachung ist von Menschen gemacht, deshalb muss Informationstechnik auch von verantwortungsbewussten Menschen gestaltet werden, denen Demokratie und Selbstbestimmung wichtig sind.

► www.bfdi.bund.de

i ZUR PERSON



Peter Schaar, Jahrgang 1954, Diplom-Volkswirt, ist seit fast zwanzig Jahren in verschiedenen Funktionen im Bereich des Datenschutzes tätig. 2002 wechselte Peter Schaar in die Privatwirtschaft und

gründete ein Datenschutzberatungsunternehmen, das er bis Oktober 2003 als Geschäftsführer leitete. Seit Ende 2003 ist er Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit. Neben zahlreichen Zeitschriftenartikeln und Buchbeiträgen erschien von ihm das Buch „Datenschutz im Internet“ (2002). Privat engagiert er sich u.a. in der Hamburger Datenschutzgesellschaft (HDG).



Das Wort „Vorratspeicherung“ macht mir Angst, und ich wehre mich dagegen, dass so etwas in Deutschland eingeführt wird. Da werden Daten von mir gespeichert, denn ich könnte ja mal... Alles lässt sich angeblich mit dem „denn ich könnte ja mal...“ rechtfertigen, aber das hat für mich nichts mehr mit einem demokratischen Rechtsstaat zu tun.

Klaus-Peter Schurr

► dieGesellschafter.de

chung damit beginnen, unser Verhalten stromlinienförmig auszurichten, haben wir keinen Rechtsstaat mehr.

Was können Sie als Datenschutzbeauftragter tun?

Es geht uns darum, Datenschutzverletzungen zu vermeiden. Wir beraten öffentliche Stellen ebenso wie Unternehmen etwa der Telekommunikation oder Postwirtschaft. Außerdem prüfen wir, ob es Verstöße gegeben hat. Wir hatten zum Beispiel einmal eine Telefon-CD, auf der neben den Nummern auch Angaben zur Zahlungsmoral gemacht wurden. Frage: Wollen Sie wissen, was Ihr Nachbar verdient? Wir haben ein Bußgeld von 20.000 Euro verhängt.

Hat ein Bürger die Möglichkeit zu erfahren, ob sein Name in einer Anti-Terror-Datei gespeichert ist?

Ja, jeder hat grundsätzlich einen Auskunftsanspruch gegenüber Behörden. Wir haben seit eineinhalb Jahren ein Informationsfreiheitsgesetz, das den Zugang zu allge-

Wir denken noch immer in Akten

Datenschützer warnen: Die Bürger machen sich selbst zu gläsernen Menschen

Von Silvia Harbord

Geburtsdatum und -ort, die Post- und die E-Mail-Adresse, Telefonnummern, dazu Hobbys, Lieblingsessen und das favorisierte Urlaubsland – diese Angaben sind, wenn nicht Eckpfeiler einer Identität, so doch höchst privat. Dennoch geben viele Deutsche ihre persönlichen Daten bedenkenlos aus der Hand – aus Ahnungslosigkeit, aus praktischen Gründen oder auch, weil sie keine Wahl haben, wenn sie Rabatte erhaschen oder Preise gewinnen wollen. Der Datenschutzverein „FoeBuD“ warnt davor, persönliche Daten allzu freigiebig herauszugeben.

Über 40 Millionen Internetnutzer gibt es in Deutschland heute, die Mehrheit von ihnen wähnt sich anonym im weltweiten Netz. Eine trügerische Annahme, denn ohne Schutzmaßnahmen können die Unternehmen, deren Website besucht wird, bei der Kommunikation die IP-Adressen der Nutzerinnen und Nutzer abrufen – jene Nummernfolge, die den Rechner jedes Internet-Nutzers eindeutig identifiziert. Auch Cookies (Profildateien), Browserinformationen und zuletzt besuchte Seiten können weitergegeben werden, ohne dass der Nutzer etwas davon merkt.

In vielen Fällen hilft er sogar aktiv mit, sein Profil zu vervollständigen, etwa



Foto: UTE GRABOWSKY / PHOTOTHEK

Ob Telefon, Handy oder Computer: Datenschützer fordern einen vorsichtigeren Umgang mit den eigenen Daten.

indem er in speziellen Themenforen mitdiskutiert, sich über seine finanziellen Probleme, jüngst ausgestandene Krankheiten oder auch den geplanten Urlaub austauscht. In Registrierungsformularen und beim Online-Einkauf werden Internetnutzer gar zur Eingabe privater Daten aufgefordert. Mit jeder Angabe über sich verdichten sie selbst das Nutzer-Profil, das Aufschluss gibt über sie und ihre individuellen

Lebensumstände und das für Kundensammler höchst interessant ist.

Werden wir tatsächlich offener, was unsere eigenen Daten angeht? Oder fehlt uns in dieser vernetzten Welt einfach der Durchblick? „Letzteres trifft zu“, meint der Netzaktivist padeluum, der sich mit seinem Computerverein FoeBuD e.V. (Verein zur Förderung des öffentlich bewegten und unbewegten Datenverkehrs) seit 20 Jahren für digitale Bürgerrechte einsetzt und ausschließlich einen Künstlernamen angibt: „Vieles kann derzeit nur deshalb im Internet geschehen, weil die Menschen noch nicht wissen, was da alles läuft.“

Das müsse sich ändern. Der normale Nutzer sei arglos und gebe seine Daten so freigiebig an Unbekannte weiter, „weil er noch immer in Papier, in Akten denkt. Beim Wort ‚Daten‘ hat er den großen Aktenschrank in seiner Gemeinde im Kopf, in dem es auch eine Akte über ihn gibt.“ Dass mittlerweile aber die Daten zentral auf Unternehmens-Servern erfasst und bearbeitet, geändert und zusammengeführt werden können, das hätten viele Menschen nicht vor Augen.

Ähnlich unklar sei die Vorstellung der meisten Nutzer in Bezug auf die Suchmaschinen. Etwa 90 Prozent aller Nutzer-Anfragen werden in Deutschland von Google bearbeitet – und gespeichert. Nur wenigen ist bekannt, dass das Unterneh-

werden, wer sich hinter den Angaben und den dazugehörigen Anfragen verberge. „Google dringt tief in die Privatsphäre von Internetnutzern ein“, zu diesem Ergebnis kommt auch die britische Organisation Privacy International, die seit 1990



Wird das Internet zum modernen Röntgenapparat?

i LINKS ZUM DATENSCHUTZ

- Der FoeBuD e.V. im Netz: www.foebud.org. Auf der Website finden sich Tipps für mehr Datensicherheit im Internet und zudem mit dem „Privacy Dongle“ ein Vorschlag für anonyme Internetkommunikation.
- Das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein treibt nationale wie internationale Projekte voran, die Sicherheit und Datenschutz im Internet ermöglichen. Seine Website [zentrum.de enthält viele Links für den Selbstschutz.](http://www.datenschutz-

</div>
<div data-bbox=)

- „Tor“ ist ein Werkzeug, das den Internetnutzer vor der Analyse seines Datenverkehrs schützt. Weitere Informationen dazu gibt es auf www.tor.de
- Informationen zur Demonstration „Freiheit statt Angst – Stoppt den Überwachungswahn!“ am 22. September in Berlin gibt es unter www.vorratsdatenspeicherung.de

men die Suchwörter, Uhrzeit und die IP-Adresse des Anfragenden auf seinen Servern speichert. Darüber hinaus legt Google auf den Rechnern seiner Nutzer Cookies ab, die ihr Profil speichern. Dies alles diene einer „Qualitätsverbesserung des Service“, heißt es aus der Google-Pressestelle. Im übrigen sei man „sehr um Datenschutz bemüht“. Eine Aussage, an der angesichts der Tatsache, dass der Konzern die Cookies zwei Jahre lang speichert, Zweifel aufkommen. In dieser Zeit, kritisieren Datenschützer, könne rückverfolgt

den Datenschutz im Netz scharf kontrolliert. In einer im Juni veröffentlichten Studie verleiht sie dem kalifornischen Technologiekonzern wegen seines Umgangs mit Kundendaten die schlechteste Wertung: „Feind der Privatsphäre“.

Die von Google gespeicherten Daten enthalten wichtige Informationen für Unternehmen, die auf der Suche nach geeigneter Kundschaft für ihre nächste Kunden-Aktion sind. Dazu dienen jedoch nicht nur die eigenen Daten, sondern unter Umständen auch die der Nach-

Fairer Tausch?
„Punkte“ gegen
private Daten.



barn oder der Wohngegend. „Geomarketing“ nennt sich die Verknüpfung von Informationen über Einkommen, Zahlungsmoral und Konsumverhalten der Nutzer mit digitalen Landkarten. „Die Unternehmen haben quasi freie Kriterien-Auswahl“, sagt padeluum.

So könne eine Krankenversicherung für ihren neuen Luxustarif junge, dynamische, gesunde Leute auswählen. „Sie kann aber auch einen Schritt weitergehen und sagen: Wir nehmen nur Leute, die in einer guten Wohngegend leben.“ Gleiches gelte für die Adressaten von Sofortkrediten: „Das können sozial Schwächere sein oder eben Menschen, die nur in sozial schwachen Gegenden wohnen.“

Im Oktober vergibt der FoebuD e.V. zum achten Mal den BigBrotherAward an Firmen, Organisationen und Personen, die „in besonderer Weise und nachhaltig die Privatsphäre von Menschen beeinträchtigen oder persönliche Daten Dritten zugänglich machen“. Einer der ersten Gewinner dieses Negativpreises war im Jahr 2000

die Firma „LoyaltyPartner“ für ihre Payback-Karte. Einkäufen, Bonuspunkte sammeln, Rabatte ausschöpfen und Prämien einlösen, das macht nach Angaben der Firma jeder Dritte in Deutschland.

Protest gegen Payback & Co.

Vor allem die Verbraucherschutzverbände kritisieren Kartensysteme wie Payback und Happy Digits: Sie ermöglichen den „Gläsernen Kunden“, wird argumentiert, aus den Daten ließen sich Rückschlüsse auf den Lebenswandel des Kunden ziehen und der Erfolg von Werbung messen.

Dass so viele Nutzer ihr Einkaufsverhalten per Payback-Karten freiwillig ausspionieren lassen, erklärt sich padeluum mit dem Instinkt des Herdentriebs: „Sie lassen sich überreden, trotz des Gefühls, dass da etwas nicht in Ordnung ist. Aber dann nehmen sie die Payback-Karte eben doch, weil man ja sparen muss und Rabatte ausnutzen“, so der Datenschützer. „Es ist

schwer, diesem Trend zu widerstehen.“ Zuweilen sei aber die Herausgabe persönlicher Daten der praktischere Weg: „Beispiel Deutsche Bahn AG: Ich kaufe meine Fahrkarten im Internet, also gebe ich jedes Mal meine Daten in das Online-Formular ein.“ Beim alternativen Kartenkauf am Bahnschalter entfällt zwar die Angabe persönlicher Daten, „doch dafür benötigt man wesentlich mehr Zeit als für ein paar Klicks.“

Auch die Möglichkeiten, die Datensammler durch die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte haben könnten, bereitet Datenschützern Sorge. Bisher ist unklar, wohin die Daten gelangen können. Kritiker befürchten, dass sie für andere Zwecke wie beispielsweise strafrechtliche Ermittlungsverfahren oder die Risikoabwägung von Versicherern verfügbar gemacht werden. Zudem werde durch die Karte, die nun Mitte 2008 eingeführt werden soll und der Schlüssel zur elektronischen Patientenakte sein wird, das Recht der Bürger auf ihre informationelle Selbstbestimmung verletzt. Denn um eine einheitliche Behandlung der Patienten zu erzielen, sollen die Patientenakten vernetzt und einrichtungsübergreifend angelegt werden, das heißt, dass medizinische Informationen über die Patienten gespeichert und ausgetauscht werden können. Ärzte und Datenschützer warnen vor der Gefahr des „Gläsernen Patienten“.



Gesundheitskarte: Ärzte befürchten den „Gläsernen Patienten“.

Bis dahin wird weiter gegangen: einerseits um neue Kunden, andererseits um die eigene Privatsphäre. Offen bleibt, wie die Nutzer selbst künftig mit ihren Daten umgehen werden. „Bisher fehlt ihnen die Erfahrung der heißen Herdplatte“, erklärt

padeluum ihr sorgloses Verhalten, „sicher werden einige aufmerksam, wenn ein Fremder vor ihrer Tür steht und sagt: ‚Sie sind der Hobbygärtner mit 155.000 Euro Schulden, der nach Brasilien verreisen möchte? Ich habe einen tollen Sofortkredit für Sie.“



Ist die elektronische Gesundheitskarte der neue Patient?

„Wer überwacht wird, fühlt sich nicht mehr frei“

Der Jurist Patrick Breyer über die Gefahren staatlicher Überwachung für die persönliche Freiheit

Unter dem Motto „Freiheit statt Angst – Stoppt den Überwachungswahn!“ demonstrieren am 22. September Bürger gegen die zunehmende Sammelwut durch Wirtschaft und Staat. Dem Aufruf hat sich ein breites Spektrum von Organisationen angeschlossen – von Gewerkschaften über Bürgerbewegungen, Parteien bis hin zu Journalisten- und Sportverbänden. Silvia Harbord sprach mit dem Juristen Patrick Breyer vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, der die Demonstration initiierte.

Heute werden Daten gesammelt und Menschen beobachtet mit der Begründung, alles könnte irgendwann einmal im Kampf gegen Kriminalität nützlich sein. Dagegen wehren wir uns. Dass so viele Gruppierungen unseren Aufruf unterstützen, liegt wohl daran, dass sich Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble in letzter Zeit sehr weit aus dem Fenster gelehnt hat mit seinen Vorschlägen zur Sicherheit – seien es die Vorratsdatenspeicherung, Online-Durchsuchungen und die Sammlung von Fluggastdaten in Europa. Ab jetzt muss man damit rechnen, überwacht zu werden.



Rechtsanwalt Patrick Breyer

Gezielte Ermittlungen gegen Verdächtige befürworten wir, ungezielte Rasterfahndungen dagegen nicht. Ich halte die Vorhaben für am gefährlichsten, die die gesamte Bevölkerung treffen, besonders die anstehende Vorratsdatenspeicherung. Sie ermöglicht es, sehr viele Informationen über die

Bevölkerung, ihre Kontakte, ihre Lebenssituation zu erhalten, ohne dass ein Verdacht im Raum steht. Das halte ich für einen beispiellosen Eingriff.

Sie weisen auch auf den gesellschaftlichen Aspekt der Überwachung hin. Welche Folgen befürchten Sie?

Was den Staat gefährlich macht, sind seine Machtbefugnisse. Er kann Menschen überwachen und inhaftieren, Dinge beschlagnahmen. Weil die Sicherheitsbehörden überall ein Anschlagrisiko sehen und in jedem Menschen einen potenziellen Terroristen, baut der Staat eine grenzenlose Überwachung auf. Doch wer sich ständig überwacht fühlt, setzt sich nicht mehr für seine Rechte

und eine gerechte Gesellschaft ein. So entsteht eine unkritische Gesellschaft, die dem Staat gegenüber zur vermeintlichen Gewährleistung ihrer Sicherheitsrechte ihre Freiheit aufgibt.

Aber viele Bürger haben nichts gegen die geplanten Sicherheitsmaßnahmen.

Ja, es heißt oft: ‚Ich habe nichts zu verbergen, also habe ich nichts zu befürchten.‘ Das ist falsch, jeder hat was zu verbergen, und sei es das Falschparken vor zehn Jahren. Und befürchten müssen wir alle etwas. Minister Schäuble hat deutlich gemacht, dass die Unschuldsvermutung im Kampf gegen Terrorismus nicht greift und somit für ihn jeder Bürger eine potenzielle Gefahr darstellt.

Warum veranstalten Menschen aus so unterschiedlichen Bereichen diese Demonstration mit?

Ihre Demonstration richtet sich gegen ausufernde Überwachung. Was bereitet Ihnen die größte Sorge?

„Placebo gegen Terrorismus“

Neuer Reisepass: Der Chaos Computer Club sieht in der Einführung mehr Risiken als Nutzen

von Anja Mikler

„Datenschutz ist mir egal. Von mir gibt's eh schon alles im Internet.“ Wenn Constanze Kurz vom Chaos Computer Club (CCC) mit Jugendlichen über biometrische Daten wie Fingerabdrücke im Reisepass diskutiert, dann sind es diese Reaktionen, die sie bestärken, über den Sinn von Anonymität aufzuklären.

Der deutsche Reisepass enthält seit November 2005 ein digitales Gesichtsbild, das auch in Meldeämtern gespeichert wird. Sind sie geschlossen, darf die Polizei online auf die Daten zugreifen. Ab dem 1. November 2007 werden zusätzlich zwei Fingerabdrücke in den Funkchip des Passes aufgenommen.

Seit der Diskussion um den neuen Pass werde dem CCC immer häufiger die Frage gestellt: „Was kann man gegen Überwachung tun?“, berichtet seine Sprecherin Kurz. Die 33-jährige Diplominformatikerin ist ehrenamtlich im Club tätig – wie alle 2000 Mitglieder. Die Ziele sind „Informationsfreiheit“ und ein „Menschenrecht auf Kommunikation“. Der 1981 in Berlin gegründete Verein von Hackern und Internetspezialisten hat sich inzwischen aufgrund der Fachkenntnisse seiner unabhängigen IT-Experten zu einer Anlaufstelle für besorgte Bürger entwickelt.

Ein Baustein unserer Sicherheit?

„Mit Biometrie wird das Reisen sicherer und einfacher“, hatte 2005 der damalige Bundesinnenminister Otto Schily erklärt. Damit seien die Pässe schwerer zu fälschen und mithilfe der biometrischen Daten könne elektronisch überprüft werden, ob Nutzer und Passinhaber identisch seien. Die Pässe seien ein „Baustein im Kampf gegen organisierte Kriminalität und den internationalen Terrorismus“.

Dies habe die Regierung selbst widerlegt, meint Kurz: Auf eine kleine Anfrage im Mai antwortete die Regierung, dass es von 2001 bis 2006 sechs Fälschungsversuche

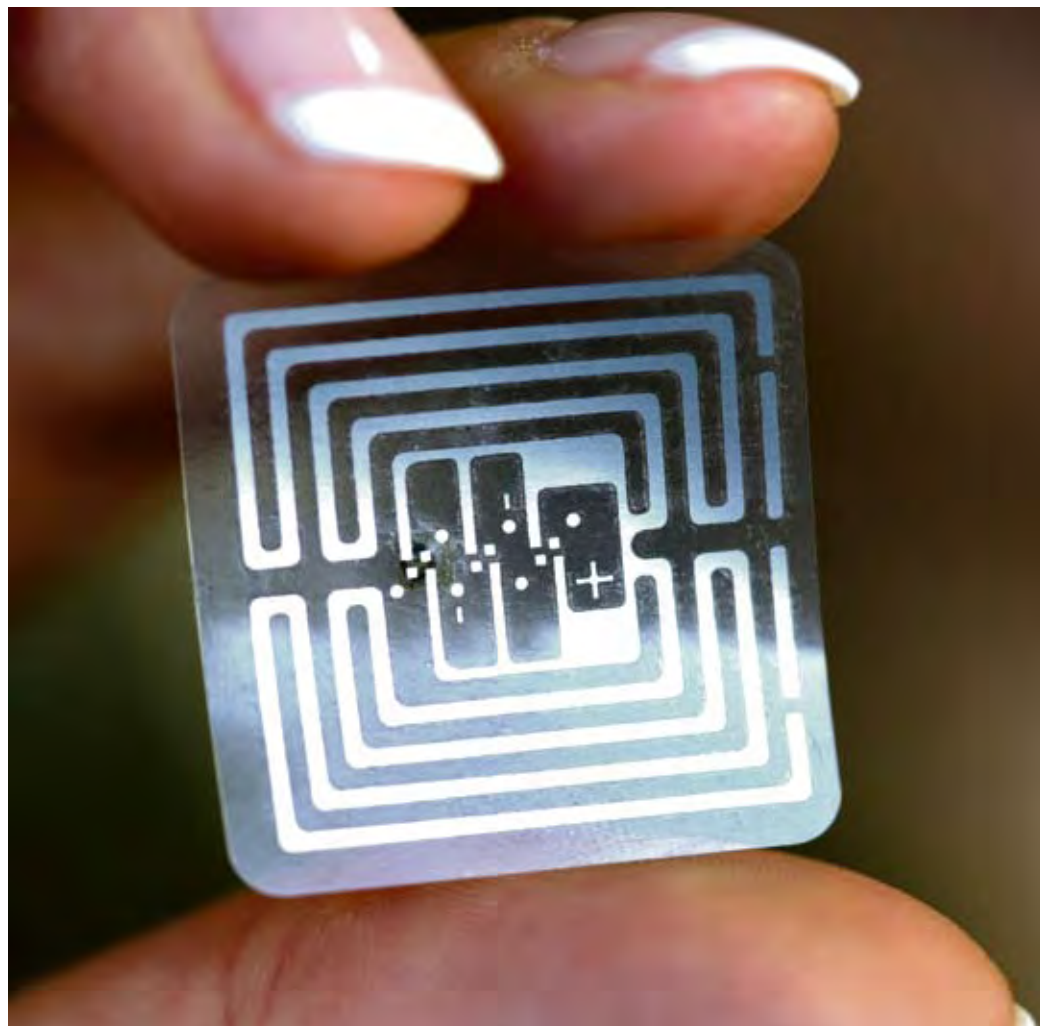


Foto: BPA

Umstrittene Sicherheit: Funkchips sollen der Identitätsüberprüfung dienen.

eines deutschen Passes und 344 Verfälschungen von Einzeldaten gegeben habe. „Das ist eine sehr geringe Quote“, urteilt Kurz. Auch hätten gefälschte deutsche Pässe bei terroristischen Anschlägen keine Rolle gespielt.

Für das Bundesinnenministerium (BMI) ist dies kein Widerspruch: „Unsere Reisedokumente sollen ein noch höheres Sicherheitsniveau erhalten“, sagt eine Sprecherin.

Die Wissenschaftlerin Kurz überzeugt das nicht: „Biometrische Pässe sind nur ein Placebo gegen Kriminalität und Terrorismus“, meint die Datenexpertin. Fingerabdrücke oder Gesichtserkennung böten keine eindeutige Identifizierbarkeit. Der CCC demonstriert bei Vorträgen, wie leicht Fingerabdruckattrappen hergestellt werden. Oder wie der Chip deaktiviert wird. Die Pässe seien dennoch gültig, betont Kurz.

Kritik gibt es auch an den hohen Kosten. Das BMI teilt mit, dass der neue Pass sich mit 59 Euro pro Stück selbst trage. Die

Gesamtkosten der Umstellung an den Grenzen seien jedoch schwer zu ermitteln. Dagegen hatte das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag im Jahr 2003 Modellrechnungen aufgestellt: Danach belaufen sich die Kosten für diese Umstellung einmalig auf etwa 669 Millionen Euro und die laufenden Kosten auf 610 Millionen im Jahr.

Doch der CCC hat prinzipiellere Bedenken gegen biometrische Daten. Er warnt vor staatlicher Überwachung und Identitätsdiebstahl.

Die CCC-Experten befürchten, dass etwa beim Grenzübertritt Kriminelle die Daten mitlesen. „Ein Fingerabdruck, der von Kriminellen gestohlen wird, um ihn zu verkaufen oder an einem Tatort zu lassen, kann nicht wie eine PIN-Nummer ersetzt werden“, gibt Kurz zu bedenken. Für solche Machenschaften gäbe es einen Markt, warnte auch Andreas Pfitzmann, Informatikprofessor an der Technischen Universität Dresden, kürzlich im Innenausschuss des Bundestages.

Auch könnten biometrische Daten in ausländischen Datenbanken gespeichert werden, so die IT-Expertin Kurz.

Zudem gerieten Menschen mit weniger ausgeprägten Fingerabdrücken, wie Ältere oder Gitarrenspieler, schnell unter Verdacht, wenn die Systeme sie nicht erkennen.

Für den CCC stellt bereits die Speicherung biometrischer Daten in deutschen

Meldeämtern eine Gefahr dar: „Immer mehr Behörden, wie etwa das Bundeskriminalamt, wollen darauf zugreifen“, beobachtet Kurz. Thomas Petermann vom Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag hält dies für einen logischen Schritt. Sicherheitsbehörden wäre es am liebsten, sie könnten über Datenbanken aller Bürger verfügen, mit denen man zu einem Gesicht den richtigen Namen findet.

Die Polizei will noch weiter gehen

„Zur Zeit kann man nur herausfinden, ob jemand berechtigt ist, einen Pass zu tragen, nicht aber die Identität einer Person“, so Petermann. Der Polizei jedoch sei dies zu wenig. Für einen Abgleich sowohl der Fotos als auch der Fingerabdrücke mit Fahndungslisten müsste der Zugriff gesetzlich erweitert werden. „Diese Diskussion wird es bei den Personalausweisen im nächsten Jahr erneut geben“, erwartet Petermann.

So sei die Gefahr, dass Bürger kriminalisiert würden, groß, sagt Kurz. Einige Forscher dächten schon weiter, zum Beispiel an eine Datenbank mit DNA-Analysen aller Bürger. Auch darüber will die Expertin aufklären. Sie findet: „Informatiker sind für die Folgen der Technik, mit der sie täglich umgehen, mitverantwortlich.“

► **Informationen im Internet:** www.ccc.de und www.bmi.bund.de

i NEUER REISEPASS

Die Biometrie ist die Lehre von der Vermessung körperlicher Merkmale, etwa von Gesicht, Fingerabdrücken oder der Augeniris. Seit dem 1. November 2005 enthalten deutsche Reisepässe einen RFID-Chip (Radio Frequency Identification), der an Grenzposten über Funk gelesen wird. Auf diesem werden biometrische Daten gespeichert:

Das digitale Gesichtsfoto seit November 2005, Abdrücke der zwei Zeigefinger kommen ab 1. November 2007 dazu. Die Gesichtsbilder für den Reisepass werden auch in den kommunalen Meldeämtern dezentral gespeichert. Sind diese geschlossen, können Polizei und Grenzbehörden die Daten online abrufen. Die Fingerabdrücke sollen nur im Pass gespeichert bleiben.

Organspendepflicht für alle?

Ethikrat schlägt „Widerspruchslösung“ vor: Wer dann schweigt, gilt als potenzieller Organspender

STATEMENT



Erika Feyerabend ist Journalistin und Mitbegründerin von BioSkop e.V. – Forum zur Beobachtung der Biowissenschaften und ihrer Technologien. Sie publiziert kritisch über Bioethik und Themen wie Sterbehilfe und Organtransplantation.

Der Kommentar von Erika Feyerabend zur Empfehlung des Nationalen Ethikrates, ein neues Organ Spendengesetz aufzulegen, stammt aus dem Gesellschafter-Tagebuch auf dieGesellschafter.de

Der Nationale Ethikrat schlägt für die postmortale Organ spende vor, anstelle der bisher gültigen Zustimmungslösung die in einigen anderen Ländern längst eingeführte „Widerspruchslösung“ einzuführen. Das Ziel lautet: Die Transplantationsrate muss steigen.

Hirntote zu versorgen und ihre Organe zu entnehmen, stellt Kliniken vor finanzielle wie organisatorische Probleme: OP-Räume sind belegt, Patienten müssen auf ihre Eingriffe warten. Personal, das in Explantationen assistiert, kann nicht direkt weiterarbeiten. Dass Organentnahmen mit anderen Eingriffen konkurrieren können, sieht der Ethikrat als unerheblich an. Er hält sogar finanzielle Anreize für das Meldeverhalten in Krankenhäusern für überlegenswert. In Zeiten knapper Krankenhaus-Kassen könnte das für manche lebensgefährlich werden.

Nach dem Transplantationsgesetz dürfen Organe bisher in Deutschland nur entnommen werden, wenn Angehörige einwilligen und dies dem Willen der Betroffenen entspricht. In 90 von 95 Fällen liegt aber kein Spendeausweis vor, die

Hinterbliebenen müssen entscheiden. Die Regel, dass Organentnahmen nur nach eigenem Willen legitim sind, wird laufend übergangen. Dennoch will der Ethikrat nun die umstrittene „Widerspruchslösung“ gesetzlich verankern.

Der Staat soll alle Bürger zu einer persönlichen Stellungnahme nötigen. Wer schweigt, stimmt zu. Nur wenn die Angehörigen widersprechen, unterbleibt die Organentnahme.

Mit diesem Vorschlag macht der Ethikrat die öffentlich ge-

forderte Mitmachbereitschaft zur gesetzlich verbrieften Beistandspflicht gegenüber wartenden Organbedürftigen. Organ spende als „Akt der Nächstenliebe“ wird zur Norm. Die viel bemühte Entscheidungsfreiheit gedeiht nicht, wenn wir kollektiv für den „Tod auf der Warteliste“ verantwortlich gemacht werden und der Erfolg von

Aufklärung an Transplantationsquoten gemessen wird. Das Sterben Schwerstkranker wird nicht mehr dem Schicksal oder den Grenzen der Medizin zugeordnet, sondern als gesellschaftlich verschuldet angesehen. Mit diesem „Tod“ lässt sich schlecht leben.

Foto: DPA



Organe sind Mangelware.

müssen sterben oder sich quälen, weil es zu wenige

Spender gibt!?

Carda G., 11.05.07

Als Krankenschwester sehe ich fast täglich, wie wichtig Organ spende ist! Dennoch halte ich es für eine Frechheit, einfach über Organe bestimmen zu wollen. Die Spende derselben ist eine ganz private Entscheidung, und es sollte nicht verurteilt werden, wenn jemand nicht spenden möchte. Im Endeffekt ist der Körper das einzige, was wir wirklich besitzen.

Ruth Hoffmann, 23.05.07

Ich halte eine Organ spendepflicht für einen Verstoß gegen unsere Grundrechte, zu denen das Recht auf körperliche Unversehrtheit und auf Selbstbestimmung gehören. (...) Die Nachfrage nach Organen ist sicher groß, aber der Wille des Einzelnen und die Freiwilligkeit der Spende müssen wichtig bleiben.

Vincent Krüger, 23.05.07

DISKUSSION

Im Folgenden dokumentieren wir einen Auszug aus den Kommentaren zu obigem Beitrag von Erika Feyerabend. Die ganze Diskussion lesen Sie unter dieGesellschafter.de

Ich denke, dass die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen durch die Widerspruchsregelung nicht angetastet wird, denn eine Wahlmöglichkeit besteht weiterhin. Lediglich für die, die es bisher vorzogen, sich nicht zu entscheiden, soll fortan gelten, dass ihre Organe zur Spende freigegeben werden können. (...) Ein gesellschaftliches Problem verlangt nun einmal nach einer gesellschaftlichen Lösung. Wer den Organmangel als Problem nicht akzeptiert, der kann ja der Organ spende widersprechen.

Markus Albertsmeier, 30.04.07

Wir brauchen keine Pflicht, sondern mehr Aufklärung. Das Image der Organ spende

ist schlecht; viele vergessen, dass ein Spenderausweis anonym bleibt, es kursieren Horrorgeschichten von Leuten, denen bei Nacht und Nebel die Nieren entfernt werden. Hier muss deutlich aufgeklärt werden, statt genau das einzuführen, wovon sich die meisten fürchten: eine Datenbank, die auflistet, wer welches Organ zur Spende freigegeben hat, aber „leider“ noch am Leben ist.

Jay Kus, 02.05.07

Ich sehe die Gefahr, dass die Organ spende zu einer Art gesellschaftlicher Pflicht wird. Denn es ist ein Unterschied, ob ich mich zu etwas allgemein als positiv Gesehenem oder zu etwas eher als egois-

tisch Bewertetem entscheiden muss. Das Hauptproblem sehe ich aber in der Unmündigkeit des Bürgers, die hier mehr ausgenutzt denn beseitigt wird. Der richtige Weg wäre meiner Meinung nach eine Informationsoffensive.

Pascal Scheer, 01.05.07

Durch die Widerspruchsregelung entsteht kein Nachdenken, sondern nur Druck. Zudem bleibt der Gedanke an Missbrauch – die Erklärung gegen die Spende wird übersehen, was einen automatisch zum Organ spender qualifiziert – unerträglich.

Christian Maetzel, 03.05.07

Mit der neuen Regelung könnten sehr viele Men-

schenleben gerettet werden. Besser wäre natürlich, wenn sich die Menschen bewusst für eine Organ spende entscheiden würden. Man könnte das z. B. abfragen, wenn man Mitglied bei einer Krankenkasse wird.

Rudolph Blitzableiter, 03.05.07

Ich habe einen Organ spendeausweis. Es wäre super, wenn man in Deutschland einen Ausweis bräuchte, wenn man nicht spenden möchte. Wenn man keinen hat, darf man automatisch „ausgenommen“ werden. Mein Vater hat schon seit 20 Jahren eine Niere von einem Unfalltoten in sich. Man kann so viele Organe noch gebrauchen, die anderen Menschen das Leben retten. Wie viele Menschen

„Die Gesellschaft braucht Gesellschaft“

Gesellschafter ART.AWARD 07 geht in die Endrunde – jeder kann seine Stimme abgeben

„Ich möchte in einer Gesellschaft leben, die Toleranz und Mithilfe als oberstes Gebot in ihren Grundsätzen verankert. Menschen, egal welcher Rasse, Religion oder Herkunft sollen das Recht haben selber zu bestimmen, an welchem Ort dieser Welt sie leben möchten“, so der Künstler Enrico Duddeck über seine Vision einer Gesellschaft der Zukunft.

Bereits zum zweiten Mal haben die Aktion Mensch und die Kunstmesse ART.FAIR 21 beim Gesellschafter ART.AWARD Kunstschaffende dazu aufgeru-

fen, ihre Antwort auf die Frage „In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?“ auf Leinwand oder Fotopapier auszudrücken. Über 500 Künstler beteiligten sich am Wettbewerb. Eine Fach-Jury hat die zehn Finalisten ausgewählt, nun ist die Öffentlichkeit an der Reihe: Bis zum 3. November kann jeder auf der Internetseite dieGesellschafter.de/projekt/events/art.award seine Stimme für sein favorisiertes Kunstwerk abgeben und mit anderen darüber diskutieren. Die Gewinner werden am 4. November auf der ART.FAIR 21 in Köln bekannt gegeben.



Magda Krawcewicz: „envidrum“, Fotografie, C-Print.



Bernhard Buhmann: „Zauberwürfel“, Öl auf Leinwand.



Mathias Schamp: „Hoch die Horizontale!“, Lackfarbe auf Holz.



Susan Feind: „Stuhlkreis“, Fotografie, Diasec/Ausbelichtung auf Fotopapier.



Enrico Duddeck: „Illegal in Deutschland“, Serie aus 4 Fotografien, Foto-Colorprint.



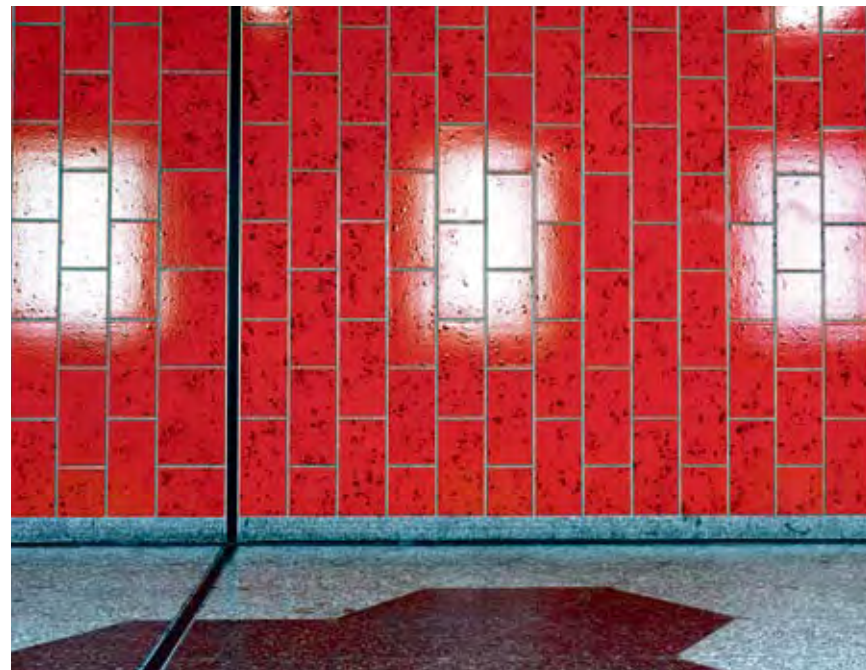
Stephanie Hanna: „senior street art“, Fotografie, Digitalprint auf Werbebanner.



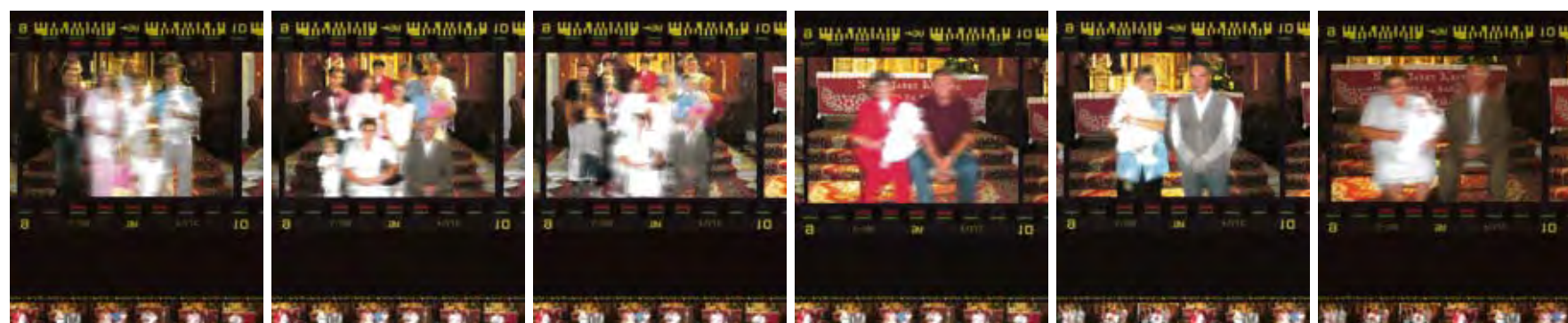
Dominik Pawlowski: „o.T.“, Serie aus 20 Fotografien, Polaroid im Rahmen.



Sibylle Ewald: „Die Gesellschaft braucht Gesellschaft“, Acryl auf Leinwand.



Andy Scholz: „Unterführung 1“, Handabzug vom Negativ, kaschiert auf Aludibond.



Katja Sudec: „Family“, Serie aus sechs Fotografien, Lambda Print.

